

Jahresbericht 2003 über Menschenrechtsverletzungen in Tibet – Kapitel 4 **Der Lebensunterhalt – Subventionen reines Blendwerk**

Inhalt:

Einführung
 Armut trotz Wirtschaftsboom
 Entwicklung führt zur Vertreibung der Tibeter
 Staudämme bedrohen den Erwerb des Lebensunterhalts
 Umwelt-Kampagnen bereiten den Nomaden Sorge
 Der Bericht von Ata, einem Nomaden aus der TAR
 Gesundheit, SARS und HIV
 Tourismuspolitik
 Die Behörden vertrauen nur chinesischen Guides
 Schluß

Einführung

Seit über fünf Jahrzehnten, nämlich seit Mao Zedongs Volksbefreiungsarmee (PLA) Tibet "befreit" hat, behauptet Peking steif und fest, es habe das Hochland gewaltig entwickelt, und der Lebensstandard der Tibeter sei wesentlich verbessert worden. China berichtet, daß sich die Autonome Region Tibet (TAR), die den mittleren und westlichen Teil des traditionellen Tibets ausmacht, heutzutage einer jährlichen wirtschaftlichen Wachstumsrate erfreue, die so hoch ist, daß sie in den letzten fünf Jahren bei durchschnittlich über 10 % lag. 2001 habe die TAR mit 12,8 % sogar die höchste Wachstumsrate in ganz China erzielt.

So meldet das China-Tibet Informationszentrum in Peking:

"... Nach der friedlichen Befreiung Tibets 1951 war es das gemeinsame Anliegen der Zentralregierung und der Bürger Chinas, dem tibetischen Volk bei der Entwicklung seiner Wirtschaft und der Verbesserung seiner Lebensbedingungen zu helfen, und das blieb ein wichtiger Aspekt bei Chinas Modernisierungsbemühungen. Die chinesische Zentralregierung schenkte der wirtschaftlichen Entwicklung Tibets besondere Aufmerksamkeit. Vom Anfang der fünfziger Jahre an bis 1997 ließ die Zentralregierung Tibet die verschiedensten Subventionen, Hilfsleistungen und Investitionen zukommen, die sich insgesamt auf über 40 Mrd. Yuan belaufen. Von 1952 bis 1993 unterstützte die Zentralregierung Tibet mit 19,1 Mrd. Yuan Finanzhilfe, was über 87 % seiner gesamten Einkünfte ausmachte. Von 1994 an betragen die Zuteilungen an Finanz- und Aufbaumitteln für Tibet über 3 Mrd. pro Jahr, wovon das meiste für Sozialeinrichtungen und die allgemeine Verbesserung der Lebensqualität der Menschen verwendet wurde"¹.

Der Staat veröffentlicht zahlreiche Berichte, in denen die in den Regionen mit tibetischer Bevölkerung erfolgten Investitionen genau aufgeführt sind. Statistiken über die Milliarden von Yuan, die der Staat für Entwicklungsprojekte in Tibet ausgibt, werden über die offiziellen Medien bekannt gegeben, während gleichzeitig die wirklichen Lebensumstände, unter denen das tibetische Volk lebt, bewußt unerwähnt bleiben. Stillschweigend leiden die Tibeter unter dem, was der Staat "Entwicklungsprojekte" nennt.

Der Staat wirbt für "Umweltkampagnen", um die Fehler der Vergangenheit bei dem unverantwortlichen Umgang mit der empfindlichen Ökologie des tibetischen Hochlandes wieder gutzumachen. Aus dem, was Flüchtlinge dem TCHRD 2003 erzählten, geht jedoch hervor, daß Tibeter, die im Rahmen von Staudammprojekten umgesiedelt werden, durch leere Versprechungen von der Regierung betrogen werden und ein immer erbärmlicheres Dasein fristen müssen.

¹ China Tibet Information Centre, 100 Questions and Answers about Tibet, online source www.tibetinfo.com.cn/en2003.

Der Art. 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) lautet:

“Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an”.

China ratifizierte den ICESCR im Oktober 1997, weshalb es gesetzlich verpflichtet ist, dafür Sorge zu tragen, daß seine Bürger in den Genuß der in diesem Vertrag festgelegten Rechte kommen. Die Machthaber in Peking argumentieren jedoch unentwegt, wirtschaftliche Sicherheit sei vordringlicher als politische Freiheitsrechte².

Dieses Kapitel befaßt sich anhand von vier Kriterien mit dem Recht des tibetischen Volkes auf die Bestreitung seines Lebensunterhalts: Armut in Tibet, Entwicklungsprojekte und ihre negativen Folgen für die Tibeter, Gesundheit und Tourismus.

Armut trotz Wirtschaftsboom

Jedes Jahr weist die chinesische Regierung den Rest der Welt erneut darauf hin, wie viele Millionen von Yuan sie in die Region pumpe, um Tibet zu wirtschaftlichem Aufschwung zu verhelfen. Glaubwürdige Statistiken zu Tibet zeigen jedoch, daß die meisten Tibeter immer mehr der Verarmung anheimfallen. In dem *China Human Development Report* für 1997, 1999 und 2002 des UNDP (United Nations Development Programme) steht bei der Einstufung nach dem UN-Index für menschliche Entwicklung die Autonome Region Tibet immer noch an unterster Stelle³. Die anderen chinesischen Provinzen, denen das traditionelle tibetische Territorium einverleibt wurde, nämlich Qinghai, Gansu, Yunnan und Sichuan, befinden sich mit anderen armen Provinzen Chinas ebenfalls ziemlich weit unten.

Die Anhebung der ländlichen Einkommen steht bei der Zentralregierung ganz oben auf der Prioritätenliste. Bei der wichtigen Konferenz des Nationalen Volkskongresses und der ebenso wichtigen der Politischen Beratungskonferenz des chinesischen Volkes (Chinese People’s Political Consultative Conference), die beide im März 2003 in Peking stattfanden, wurde der Frage der Einkommenssteigerung der Landbevölkerung soviel Aufmerksamkeit wie noch nie zuvor geschenkt⁴. Anders als China, das der Anhebung der Einkommen großes Gewicht beimißt in der irrigen Annahme, daß ein Anstieg in der Einkommensstatistik unter Absehung von allen anderen Indikatoren für Armut ein Beweis für deren Ausrottung wäre, beurteilt das UNDP die menschliche Entwicklung anhand der Indikatoren Gesundheit, Bildung und Einkommen in ihrer Gesamtheit.

Ausgehend von den Indikatoren für menschliche Entwicklung zeigen die *Human Development Reports* des UNDP, daß der Unterschied zwischen Chinas am meisten und am wenigsten entwickelten Provinzen vergleichbar ist mit der Kluft, die zwischen den industrialisierten Nationen der westlichen Welt und den Ländern der dritten Welt herrscht, die am wenigsten entwickelt sind.

Unabhängige Studien haben Chinas Armutsbekämpfungsprogramme wegen ihrer Ineffektivität kritisiert⁵. Die staatlichen Initiativen zur Armutsbekämpfung in Tibet sind derart, daß man sich fragen muß, wen sie eigentlich begünstigen. Tatsache ist, daß die Reichen reicher werden und die Armen arm bleiben. Der ungeheure Einkommensunterschied zwischen ländlichen und urbanen Haushalten bereitet den Politikern der PRC Kopfzerbrechen. 2001 war das Stadt/Land-Einkommensgefälle in der TAR unter Zugrundelegung des tatsächlichen Verbrauchs der Haushalte das drittgrößte in China⁶.

² Informationsbüro des Staatsrates, Progress in China’s Human Rights Cause 2000, 9 April 2001.

³ “East Asia Integrates”, Bericht der Weltbank von 2003.

⁴ Determinants of Income Inequality in Rural China: Decomposition using Household Data, Zhou Zhangyue, Asian Agribusiness Research Centre, University of Sydney, Australia, and Wan Guanghua, World Institute for Development Economics Research (WIDER), United Nations University, Finland.

⁵ Wu Guobao, Policy on subsidized poverty loans in China, online source: www.unescap.org/rural/doc/beijing_march97/china3.

⁶ National Bureau of Statistics, China Statistical Yearbook 2002, China Statistics Press.

Obwohl die Städte in Tibet einen modernen Anstrich haben, zeigen Untersuchungen, daß die Armutsbekämpfungsprogramme viele Not leidende Teile der Bevölkerung, besonders in ländlichen Gegenden, nicht erreicht haben und diese letztlich mehr den Reichen als den Armen zugute gekommen sind. Die Mehrheit der Tibeter lebt auf dem Lande und ernährt sich vom Ackerbau und nomadischer Viehhaltung. Statistiken zeigen, daß 85 % der Tibeter Landbewohner sind, und daß die ländlichen Gegenden fast ausschließlich von Tibetern bewohnt sind⁷. 2001 waren 72 % aller Beschäftigten in der TAR in der Landwirtschaft tätig, oder genauer 75 % der tibetischen Werkträgigen der Provinz, und fast 90 % der insgesamt auf dem Lande Beschäftigten.

TAR: Brutto-Inland-Produkt und Anteil an der Primär-, Sekundär- und Tertiär-Industrie

(Zahlen in Mrd. Yuan [1\$=8Yuan]; Zahlen in Klammern zeigen den prozentualen Anteil jedes Industriezweiges an)

Jahr	Bruttoinlandprodukt	Primärindustrie	Sekundärindustrie	Tertiärindustrie
1989	2.19	1.00 (45.9%)	0.28 (13.0%)	0.89 (41.1%)
1992	3.33	1.66 (49.8%)	0.44 (13.4%)	1.22 (36.8%)
1995	5.59	2.34 (41.9%)	1.33 (23.8%)	1.92 (34.3%)
1998	9.12	3.13 (34.3%)	2.024 (22.2%)	3.96 (43.5%)
2001	13.87	3.75 (27.0%)	3.22 (23.2%)	6.91 (49.8%)

Quelle: Statistisches Jahrbuch Tibet 2001 und Statistisches Jahrbuch China 2002

TAR: Beschäftigung nach Art der Industrien

(Zahlen pro 1.000 Einwohner, Zahlen in Klammern zeigen den prozentualen Anteil jedes Industriezweiges an)

Jahr	Gesamt	Primärindustrie	Sekundärindustrie	Tertiärindustrie
1989	1,075.6 (100)	867.9 (80.7 %)	43.0 (4.0%)	164.7 (15.3%)
1992	1,109.2 (100)	867.4 (78.2 %)	46.7 (4.2%)	194.7 (17.6%)
1995	1,150.9 (100)	895.1 (77.8%)	56.2 (4.9%)	199.6 (17.3%)
1998	1,202.2 (100)	892.7 (74.3%)	68.7 (5.7%)	240.8 (20.0%)
2001	1,246.0 (100)	895.0 (71.8%)	81.0 (6.5%)	270.0 (21.7%)

Quelle: Statistisches Jahrbuch Tibet 2001 und Statistisches Jahrbuch China 2002

TAR: Brutto-Inland-Produkt: jährliche Wachstumsrate pro Sektor

Jahr	BIP- Gesamtwachstumsrate		Primärindustrie	Sekundärindustrie	Tertiärindustrie
	China	TAR			
1999	7.1	9.6	5.3	16	10.3
2000	8.4	9.4	2.1	14.1	12.9
2001	7	12.8	3.1	17.6	16.6

Quelle: Statistisches Jahrbuch Tibet 2001 und Statistisches Jahrbuch China 2002

⁷ TIN Special Report, Deciphering Economic growth in the Tibetan Autonomous Region, 9 April 2003.

Wirtschaftlich gesehen gehören die Tibeter in den Primärsektor. Nach diesen offiziellen chinesischen Statistiken sieht es so aus, als ob von dem langsamen landwirtschaftlichen Wachstum hauptsächlich die Tibeter profitierten. Die staatlichen Subventionen für Tibet, um die so viel Wind gemacht wird, werden jedoch in erster Linie in den sekundären und tertiären Sektor gepumpt, wo die Beteiligung der Tibeter ziemlich gering ist. Die Wirtschaft wächst vielleicht in den urbanen Gebieten, doch an den tibetischen Landbewohnern, die in keinem festen Arbeitsverhältnis stehen, geht der Wirtschaftsboom vorbei, was von der langsamen Wachstumsrate in der Landwirtschaft und der extremen Armut im ländlichen Tibet reflektiert wird.

Entwicklung führt zur Vertreibung der Tibeter

Art. 1(2) des Internationalen Paktes über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (ICESCR), den China im März 2001 ratifizierte, lautet:

“Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden”.

Das viel gepriesene *Western Development Program* der PRC, das zuerst 1999 lanciert wurde, führt oft dazu, daß Tibeter ihre Heimatregion verlassen müssen, um Platz für die “Entwicklung des Mutterlandes” zu schaffen. Während man meistens vor allem auf die positiven Aspekte der Entwicklung achtet, müssen unbedingt auch die Auswirkungen auf die Menschen gesehen werden, die in der Projekt-Zone leben und in Mitleidenschaft gezogen werden. Die tibetischen Bewohner in den Projekt-Gebieten haben ebenso ein Recht auf ihren Lebensunterhalt. Ihre Stimmen werden jedoch nicht gehört, und wenn sie sich auf Tradition und Gesetz berufen, wird ihnen nach Regierungslogik entgegnet, daß “alles über der Erde und unter der Erde - Wälder, Flüsse und Meere - Eigentum des Staates” sei.

Staudämme bedrohen den Erwerb des Lebensunterhalts

Staudämme, die der Stolz von Nationen auf dem Weg der Entwicklung sind, haben sich oftmals für viele Menschen als verhängnisvoll erwiesen, besonders für diejenigen, die in der Zone um das Projekt herum ansässig sind. Die Regierung prahlt mit den Dämmen, die angeblich für Strom und Wasser in weit entfernt liegenden Regionen sorgen. Die Vertreibung der von dem Projekt direkt betroffenen Bewohner wird jedoch oft durch leere Phrasen wie “für die Umsiedlung der Bewohner wird gesorgt” verschleiert.

2003 erfuhr das TCHRD, daß über 17.000 Tibeter, die sich auf acht Gemeinden in den Distrikten Barkham und Chuchen in der TAP Ngaba, Provinz Sichuan, verteilen, innerhalb von drei Jahren wegen eines Staudammprojekts umgesiedelt würden⁸. Der Staudamm, der Shuang-Jang-Kou Dianzahn genannt wurde, soll bis 2006 fertiggestellt werden - und es wird eifrig an ihm gebaut. Den von diesem Projekt betroffenen Tibetern wurde per Anordnung mitgeteilt, daß sie ihr angestammtes Land zu verlassen hätten. In der Anordnung stand jedoch nichts davon, wohin sie umgesiedelt würden.

Die betroffenen Bewohner appellierten an die Behörden und fragten, wie sie denn ihren Lebensunterhalt bestreiten sollten, doch die Petition stieß auf taube Ohren. Eine Umsiedlung hat langfristig oft ernste Konsequenzen, wenn nämlich die Leute die magere Entschädigung, die sie vom Staat erhalten, aufgebraucht haben. Die Tibeter, die ohnehin hart zu kämpfen haben, um sich angesichts der Urbanisierungspolitik zu behaupten, wären nach ihrer Umsiedlung völlig marginalisiert. In ihrer neuen Umgebung wäre ihre von alters her bewährte Methode der Lebenshaltung nicht länger praktikabel. Und in Ermangelung anderer Fertigkeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sehen sie keinen anderen Ausweg, als betteln zu gehen.

Seit einigen Jahren wurden Lhasa und andere urbane Gebiete Tibets von Bettlern aus ländlichen Gegenden überschwemmt. Viele Tibeter wurden Opfer der vom Staat verordneten Urbanisierung und Infrastrukturprojekte, die sie in die Städte ziehen ließen, um sich irgendwie am Leben zu erhalten.

⁸ TCHRD Human Rights Update, “Staudammprojekt gibt Anlaß zu großer Sorge”, Juni 2003.

Umwelt-Kampagnen bereiten den Nomaden Sorge

Am 16. April 2003 rief die Regierung per Anordnung zu einer Aktion auf, Gras entlang der drei großen Flüsse Osttibets, dem Machu, Drichu und Zachu, anzupflanzen, um der Wüstenbildung und Bodenerosion im Gefolge des Hochwassers von 1998 entgegenzuwirken⁹. In derselben Anordnung wurde befohlen, den Viehbestand zu begrenzen, um das Weideland zu schützen. Beides löste Besorgnis bei den dort lebenden Nomaden aus. Die tibetischen Nomaden aus der TAP Golog und Yushul sind nun von Umsiedlung und Zerstörung ihrer traditionellen nomadischen Kultur bedroht. Einem Xinhua Bericht vom 17. April 2003 zufolge hatte die chinesische Regierung im April 2003 beschlossen, große Flächen von Nomadenland in geschütztes und kontrolliertes Grasland umzuwandeln. Die Aktion, die schon begonnen hat, soll in fünf Jahren abgeschlossen sein. Die offizielle Begründung lautet, daß 70 % der Weidegebiete des Distrikts Matoe bereits verödet seien. Die Regierung plant eine Fläche von 1.540 *mu* (1 *mu* = 67 m²) einzuzäunen und zum Schutz neu mit Gras zu bepflanzen. Um dies zu bewerkstelligen, hat die Regierung vor, 27.679 Nomaden, die bisher von diesem Land gelebt haben, in andere Gegenden umzusiedeln.

Dem TCHRD ging ein Brief von Einwohnern der TAP Golog zu, die angesichts der baldigen Umsetzung dieser Politik ihrer Besorgnis und Angst Ausdruck verleihen. Die Nomaden sehen in der Kontrolle ihrer Weidegründe eine Bedrohung ihrer traditionellen Lebensgrundlage und ihrer nomadischen Lebensweise. Laut einem Bericht von Xinhua beinhalten die vom Staat angeordneten Maßnahmen zwar eine Art Kompensation, wie etwa eine geringe Beihilfe von 2,75 kg Getreide für ein *mu* (1 *mu* = 67 m²) Boden und Arbeitsbeschaffung für die Umgesiedelten. Die Nomaden lehnen den ganzen Plan jedoch ab, weil sie sich bereits im Erziehungswesen und der Berufsausbildung benachteiligt sehen. Generationenlang haben sie mit ihren riesigen Yak- und Schafferden von diesem Grasland gelebt. Ein Tibeter kommentierte, die Reduzierung des Viehbestands und die Umsiedlung der Nomaden von ihrem angestammten Land sei für sie so, wie wenn ein Fisch aus dem Wasser geholt wird.

Chinas Umsiedlungspolitik und die Beschränkung der Herdengröße respektiert weder die Geschicklichkeit noch die Erfahrung der tibetischen Nomaden bei der nachhaltigen Bewahrung ihres Weidelandes. Solche Maßnahmen zerstören die Lebenskraft und Existenzgrundlage der tibetischen Kultur und nehmen den Nomaden ihr Recht auf Lebensunterhalt. Personen, die es wagen, gegen die Regierungspolitik aufzumucken, werden als "anti-national" gebrandmarkt.

Tibeter, die zur Umsiedlung gezwungen wurden, brachten diesen Umstand auch mit dem Verdacht in Zusammenhang, daß auf ihrem bisherigen Land unter dem Deckmantel der "Umweltverbesserung" nach Bodenschätzen gegraben werden könnte¹⁰. Ata, ein 30-jähriger Nomade aus dem Kreis Gonjo, Präfektur Chamdo, TAR, mußte aus Tibet fliehen, weil er gegen die Anordnung der Regierung, für die sogenannte Umweltkampagne zur Anpflanzung von Bäumen Platz zu schaffen, protestiert hatte, und es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den dortigen Kadern gekommen war. Ata zufolge war die Baumpflanz-Aktion in Wirklichkeit nur ein Vorwand, um die Bewohner umzusiedeln, damit in dieser Gegend Bergbau betrieben werden könnte¹¹.

Die UN gaben nach ihrer Fachtagung über Zwangsräumung 1997 Richtlinien im Hinblick auf die entwicklungsbedingte Vertreibung von Teilen der Bevölkerung heraus¹². Diese Richtlinien, die gleichermaßen für staatliche wie auch für von privatwirtschaftlichen Konzernen initiierte Entwicklungsprojekte gültig sind, sichern den betroffenen Menschen das Recht zu, über das Projekt informiert und bei den Umsiedlungsplänen konsultiert zu werden, gegen die Räumung bei einem unabhängigen Gerichtshof oder Untersuchungsausschuß klagen zu können, vor Gewaltanwendung oder Einschüchterung im Verlauf der Räumungsaktion geschützt zu sein, eine angemessene Entschädigung zu erhalten, falls ihnen ihr Land und Besitz weggenommen wird und/oder an einem ihnen genehmen Ort

⁹ TCHRD Human Rights Update, "Umweltaktivitäten bedrohen den Lebensunterhalt der Nomaden", August 2003.

¹⁰ OMCT/HIC-HLRN Joint Action Appeal, Case TIB-FE 011203, "China forcibly resettles thousands of Tibetan nomad families", 1 Dec 2003 "to protect the environment", Housing and Land Rights Network of Habitat International Coalition (HIC-HLRN) and the World Organisation against Torture (OMCT), Joint Urgent Action Appeal.

¹¹ TCHRD, Human Rights Update, "Ein mutiger Nomade, der die Umsiedlungspolitik der Regierung kritisiert, muß ins Exil fliehen", August 2003.

¹² United Nations Comprehensive Human Rights Guidelines on Development-Based Displacement, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/1997/7.

angesiedelt zu werden¹³. Die Tibeter, deren Leben durch die vom Staate geförderten Entwicklungsprojekte und Umsiedlungsaktionen ruiniert wird, wurden jedoch weder konsultiert noch überhaupt gefragt. Die Tatsache, daß die Einheimischen bei den staatlichen Projekten keine "aktive, freie und sinnvolle Partizipation an der Entwicklung und der fairen Verteilung des von ihnen erbrachten Nutzens" haben, bedeutet eine Verletzung des Rechtes des tibetischen Volkes auf die Verfolgung seiner eigenen "wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung".

Der Bericht von Ata, einem Nomaden aus der TAR

"Die Behörden erklärten uns, sie müßten im Hinblick auf den Schutz der Umwelt nun in dieser Gegend Bäume anpflanzen, doch jedermann hier weiß, was ihre wahre Absicht ist - nämlich ein großes Projekt zum Abbau von Bodenschätzen zu starten. Das Gerede von der Wiederaufforstung ist nur ein Lippenbekenntnis, denn die Einheimischen haben sich immer so verhalten, daß der empfindlichen Umwelt keinerlei Schaden zugefügt wurde.

Um uns von hier wegzukriegen, griffen die Behörden seit 2001 entweder zu Zwangsmaßnahmen oder versuchten uns zu manipulieren. Sie sicherten uns zu, falls wir der Aufforderung zum Wegzug Folge leisteten, bekämen wir einen anderen Ort zugewiesen, wo wir als Halbnomaden ausgezeichnet leben könnten.

Das den Tibetern gegebene Neuland liegt in den Kreisen Kongpo Gyamda und Tarmo. Die von den Umsiedlungsmaßnahmen Betroffenen sind Nomaden aus den Kreisen Boomkye, Chago, Zhangpa, Migtoe und Gonjo der Präfektur Chamdo, TAR. Wahrscheinlich werden noch mehr von Nomaden bewohnte Gebiete in Mitleidenschaft gezogen werden.

Viele Personen, die von den politischen und wirtschaftlichen Hintergründen dieses Programms keine Ahnung hatten, zogen tatsächlich bald daraufhin um. Aber nachdem sie an den neuen Ort umgesiedelt waren, erfüllten die Behörden kein einziges ihrer Versprechen. Statt den zugesagten 70.000 Yuan erhielten die einzelnen Familien nur 150 Yuan und 50 *gyama* Getreide (1 *gyama* = 500 g). Was noch schlimmer ist, das Land, das sie bebauen sollten, erwies sich als ein steiniger mit nur wenig Erde bedeckter Boden. Deshalb besteht dort auch nach Jahren keine Aussicht auf einen normalen Ackerbau.

Ich war gerade in Lhasa, als mit der Umsiedlung begonnen wurde. Eines Tages erhielt ich aus meinem Heimatort die Anweisung, sofort zu kommen, um mein Haus und mein Weideland den Behörden zu übergeben. Außerdem sollte ich mich für ein neues Landstück, das mir zugeteilt würde, eintragen lassen.

Zu Hause angekommen, traf ich mit einigen Nachbarn zusammen, um das Problem zu besprechen; wir diskutierten, ob wir dieser Politik zustimmen sollten oder nicht. Was mich betrifft, so war ich strikt dagegen, mein Land und Haus aufzugeben. Von Anfang an war mir klar, was das Ergebnis der Zustimmung zu solch einem Plan sein würde. Ich wußte, daß den Tibetern jetzt die Gefahr droht, von dem zu erwartenden Zustrom chinesischer Einwanderer zurückgedrängt zu werden, womit diese Gegend eben eine weitere chinesische Provinz wird. Ich war besorgt, daß die natürliche Umwelt der rücksichtslosen Bergbau- und Abholzungsaktivität des Staates zum Opfer fallen würde.

Danach begab ich mich zusammen mit sechs Personen aus meinem Bekanntenkreis zu einem Meeting auf Gemeindeebene. Der Gemeindechef erklärte uns, gemäß der Direktive der Regierung sei die Reihe nun an uns, wegzuziehen. Die Behördenvertreter versuchten uns davon zu überzeugen, daß die Maßnahme zur Umsiedlung der Nomaden so durchgeführt würde, daß unserem Wohlbefinden Vorrang eingeräumt würde, und sie sprachen: 'Ihr werdet an einen Ort umgesiedelt, an dem für euch gesorgt wird und an dem alle notwendigen Einrichtungen vorhanden sind, deshalb habt ihr der Anordnung zur Umsiedlung Folge zu leisten'. So ließen sie uns eigentlich gar keine andere Wahl.

Ich konnte nicht ruhig sitzenbleiben und alles einfach akzeptieren. So brachte ich mein Mißfallen darüber offen zum Ausdruck, daß wir unser Land, das unsere Vorfahren seit Generationen bewohnt haben, nun aufgeben sollten. Darauf entgegneten sie, es sei ungehörig von mir, eine Verordnung des Staates in Frage zu stellen: 'Da diese Entscheidung von der Regierung getroffen wurde, bist du nicht befugt, ihr zu widersprechen'. In sehr barschem Ton erklärten sie mir, ich müsse allem zustimmen, denn der

¹³ UN Doc E/CN.4/Szb.2/1997/7, Annex.

Zentralregierung gehöre nicht nur das Land und die Häuser, sondern auch der Himmel und die Luft, die wir atmen.

Indem ich wiederholte, was ich schon zuvor über die sogenannte finanzielle Unterstützung und die Getreidelieferungen gesagt hatte, stellte ich die Frage, was denn der wahre Grund für den Bau der Straßen und Kraftwerke sei. Die Straßen seien nicht im Interesse der Bevölkerung des Ortes gebaut worden, sagte ich. Wenn dem so wäre, dann hätte jede Gemeinde und jeder Kreis jetzt ordentliche Straßen und eine richtige Stromversorgung. ‚Der Grund dafür, weshalb ihr die Fernstraßen gebaut habt, ist doch nur, uns unsere Naturschätze wegzunehmen zu können, um damit die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung in den Städten Chinas zu decken... Der jetzige Plan, uns umzusiedeln, kann daher nur demselben Motiv entsprungen sein. Und deshalb werden wir ihm um keinen Preis zustimmen‘. Nach diesen Worten kam es zu einer langen Auseinandersetzung mit dem ranghöchsten Kader der Gemeindeverwaltung. Die Behördenvertreter - alles Tibeter - tadelten mich heftig, weil ich ihnen widersprochen hatte. Ich wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht verhaftet.

Nach dieser Kontroverse mit der Gemeindeverwaltung fuhr ich sofort nach Lhasa. Vier Tage später erhielt ich einen Anruf von einem Freund von zu Hause, daß mir die Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Die Beamten hatten offenbar meine Kritik an dem Programm während des Meetings schriftlich festgehalten und bei den entsprechenden Behörden eine Klage gegen mich eingereicht. Nur meinem Glück habe ich es zu verdanken, daß es mir gelang, nach Indien zu entkommen, bevor sie mich festnehmen konnten“.

Gesundheit, SARS und HIV

Das *Severe Acute Respiratory Syndrome*, die SARS-Epidemie, die von China ausging, machte wieder einmal deutlich, daß China heute vielleicht einen modernen Eindruck hervorruft, aber seine Spitzenfunktionäre noch dem alten Denken verhaftet sind¹⁴. Statt daß die Epidemie als eine die ganze Nation betreffende Gesundheitskatastrophe behandelt wurde, war die Führung in Peking mehr um Chinas Prestige und sein Ansehen auf der internationalen Bühne besorgt¹⁵. Premier Wen Jiabao erklärte, als die Seuche ausbrach, bei einer Kabinettsitzung, „das nationale Interesse und Image des Landes“ stehe auf dem Spiel. Also ging es den Chinesen bei der Bekämpfung der SARS Epidemie hauptsächlich darum, ihr internationales Prestige und ihre Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten.

Nachdem die Führung des Landes anfänglich leugnete, daß SARS China fest im Griff habe, stand sie, als die Krankheit epidemische Ausmaße annahm und die Wirtschaft der Nation zu beeinträchtigen begann, plötzlich einer Mammut-Aufgabe gegenüber. Nachdem der erste Fall im November 2002 in der Provinz Guangdong verschwiegen worden war, räumte die Gesundheitsbehörde in Peking erst im April 2003 die Existenz von SARS in China ein und erlaubte der WHO, die betroffene Regionen zu besuchen.

Nach Aussagen der Zentralregierung wurden in der TAR keine Fälle von SARS registriert¹⁶. An der Richtigkeit dieser Erklärung ist jedoch ein wenig zu zweifeln, nachdem die Regierung SARS in den Anfangsstadien komplett geleugnet hat. Die SARS-Epidemie hat wieder einmal deutlich gemacht, wie China die Realität zu vertuschen und die Öffentlichkeit und die Welt zu täuschen versucht. Einige Tage bevor China den Ausbruch von SARS zugab, richtete Premier Wen Jiabao eine unangemessene Botschaft an die Welt, als er sagte: „Die chinesische Regierung und das Volk heißen Freunde aus aller Welt herzlich willkommen, als Touristen, zu Besuch oder zu kommerziellen Zwecken in unser Land zu kommen“.

Nachdem SARS nun offiziell unter Kontrolle gebracht ist, ist eine weitere Krankheit im Anmarsch auf Tibet: Die AIDS-Epidemie. HIV/AIDS stellt eine unmittelbare Bedrohung für Tibeter innerhalb und außerhalb der TAR dar. Niemand weiß, wie viele Leute in der TAR, oder in Gansu und Qinghai voll entwickeltes AIDS haben oder HIV positiv sind, weil es in diesen Gegenden keine Möglichkeiten für einen Test gibt. Bekanntermaßen weist die Provinz Yunnan ja die höchste AIDS-Rate in China auf, und auch die Provinz Sichuan hat eine nicht geringe Zahl an HIV positiven Einwohnern. In beiden Provinzen

¹⁴ Gordon G Chang, The Jamestown Foundation, China Brief, „SARS Crisis: New Disease. New Leaders. Same Old Regime“, 22 April 2003.

¹⁵ Willy Wo-Lap Lam, The Jamestown Foundation, China Brief, „SARS Crisis: Beijing Leadership Slowly Responds“, 22 April 2003.

¹⁶ www.tibetinfo.com, 9 May 2003.

gibt es einen großen Anteil an tibetischer Bevölkerung, da die traditionelle tibetische Provinz Kham diesen zwei Provinzen teilweise zugeschlagen wurde.

Jedermann weiß, daß HIV/AIDS in den ärmsten Regionen der Welt die höchste Verbreitung hat. Nachdem Tibet nun eine der ärmsten Gegenden im heutigen China ist, könnte AIDS hier ebenso epidemische Ausmaße annehmen und das Hochland verwüsten.

Die Möglichkeit, daß AIDS zukünftig in Tibet das Ausmaß einer Epidemie annehmen wird, kann angesichts der vielen Risikofaktoren nicht ausgeschlossen werden. Zu diesen gehören der Mangel an präventiven Programmen zur AIDS-Aufklärung, die Tatsache, daß ein hoher Anteil der tibetischen Bevölkerung unter ärmlichen Verhältnissen auf dem Lande wohnt, die Prostitution und das chinesische Militär, sowie die Gefahr der Ansteckung wegen der geographischen Nähe zu den mit am schlimmsten betroffenen Teilen Chinas wie den Provinzen Yunnan und Sichuan.

Obwohl sich China inzwischen zu einer Marktwirtschaft gewandelt hat, konnte die Gesundheitsfürsorge mit dem Fortschritt nicht Schritt halten. In Tibet fehlen vor allem in ländlichen Gegenden die notwendigen medizinischen Einrichtungen, und selbst wenn es an einigen Orten ein paar Krankenhäuser gibt, verbieten die hohen Kosten den Patienten, sich in Behandlung zu begeben.

Namgyal Tsering, ein 27-jähriger Bauer aus dem Dorf Tonpa, Distrikt Dzongang, Präfektur Chamdo, TAR, der im November 2003 nach Nepal floh, berichtet:

“Für unser Dorf und die 10 Nachbardörfer gibt es kein Krankenhaus. Das nächste Krankenhaus ist im Distriktzentrum Dzongang, wofür wir zwei Tage lang zu Fuß gehen und dann noch sieben Stunden fahren müssen. Obwohl wir immer wieder erklärten, wie dringend wir eine Krankenstation brauchen, hörten die Behörden nicht auf uns. Wenn sie krank werden, verrichten die Dorfbewohner einfach ihre Gebete, weil sie sonst nichts tun können. Selbst wenn die Patienten es bis zum Kreiskrankenhaus schaffen, müssen sie 2.500 Yuan (310 US\$) hinterlegen, ehe sie untersucht und behandelt werden. Egal wie schlimm die Erkrankung ist, wenn ein Patient kein Geld hat, um die Kautionszahlung zu zahlen, wird er einfach nicht aufgenommen”¹⁷.

Der 46-jährige Chime aus der Gemeinde Thingka, Distrikt Kardze, TAP Kardze, Provinz Sichuan, berichtete dem TCHRD:

“Obwohl es Krankenstationen mit Arzneiausgabe in unserer Gemeinde gibt, gehen die Leute kaum hin, weil die Medikamente oft sehr teuer sind. Schon bei einer geringfügigen Krankheit verlangen sie 30 Yuan für eine Flasche Arznei. Da die meisten Leute in unserer Gemeinde Bauern oder Halbnomaden sind, können sie sich die Medizin nicht leisten. Bei schlimmeren Erkrankungen müssen wir das Hospital in der Kreisstadt Kardze aufsuchen. Bei dem Kreishospital müssen Patienten rund 1.500 Yuan (185 US\$) Kautionszahlung entrichten, was sie davon abhält, dorthin zu gehen. Obwohl die chinesische Regierung behauptet, daß Krankenhäuser gebaut würden und für die Leute gesorgt würde, kümmert sich keiner um uns auf dem Lande”¹⁸.

Angesichts der hohen Steuern, die den Tibetern abverlangt werden, ist die Regierung verpflichtet die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und die notwendigen gesundheitlichen Einrichtungen zu schaffen. Ihr Versäumnis in dieser Hinsicht stellt eine Verletzung des Internationalen Abkommens über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (ICESCR), das China 2001 ratifizierte, dar. Art. 12 (1) des ICESCR lautet:

“Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an”.

Kategorisch zu all den gesundheitlichen Themen kann man den einen Schluß ziehen: Aus der Art und Weise, wie die Regierung in Peking mit der SARS-Epidemie umging und wie sie sich bei der AIDS-Bedrohung verhält, wird deutlich, daß sie die reale Situation leugnet und verschleiert, womit sie das Recht der Menschen, gebührend informiert zu werden, verletzt: auf Chinesisch *zhiqing quang* – das “Recht zu wissen”.

¹⁷ TCHRD Interview, Nov. 2003.

¹⁸ TCHRD Interview, Nov. 2003.

Tourismuspolitik

Der Tourismus wird oft als die "Schlüsselindustrie" in Tibet beschrieben, weshalb ihm auf höchster Ebene "große Beachtung" geschenkt wird¹⁹. Die Tourismusindustrie wird immer mehr ausgebaut, denn sie soll in den sechs Spitzenmonaten, nämlich der Touristensaison von Mai bis Anfang November, die Dollars in großen Mengen ins Land locken.

Chinesischen Statistiken zufolge entfallen auf den Tourismus 26 % des Bruttoinlandprodukts der TAR, wobei ein Anstieg bei der Zahl der Touristen von 20 % pro Jahr zu verzeichnen ist²⁰. Trotz eines starken Rückgangs von 63 % bei dem auf dem Sektor "ausländische Touristen" erwirtschafteten Gewinn von Januar bis November 2003 infolge der SARS-Epidemie gab es einen Anstieg bei den Einnahmen aus dem Sektor "chinesische Touristen" im Vergleich zur selben Zeitspanne im Vorjahr²¹. Das insgesamt erwirtschaftete Einkommen betrug etwa 122,55 Mio. US\$, was einen Anstieg von 6,5 % gegenüber 2002 bedeutet²².

Solch imponierende Statistiken regen zum Nachdenken darüber an, wer denn nun eigentlich aus der rasch expandierenden Tourismusindustrie in Tibet den Gewinn zieht.

Der Art. 42 der Verfassung Chinas besagt, daß "die Bürger der Volksrepublik China sowohl das Recht als auch die Pflicht haben zu arbeiten" und der Art. 4 fordert, daß alle Bürger gleich behandelt werden müssen. Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD), das China 1981 ratifizierte, macht klar, daß "gleiche" und "gerechte" Beschäftigungsbedingungen beinhalten, daß es keine Diskriminierung in der Beschäftigung auf Grund von ethnischer Zugehörigkeit geben darf.

Die Behörden vertrauen nur chinesischen Guides

Einer der möglichen und begehrten Jobs für in der Stadt lebende Tibeter war bisher die Arbeit als Touristenführer. Wegen des Argwohns der Behörden, die Tibeter seien keine "vertrauenswürdigen" Guides, werden immer mehr Chinesen angestellt und die Tibeter entlassen.

Eine solche Tendenz gibt es schon seit Ende der 80er Jahre, und die Praxis wird bis heute fortgesetzt. Mitte April 2003 wurde eine Gruppe von 100 chinesischen *tour guides* in die TAR importiert, um dort der Tourismusindustrie Aufschwung zu geben. Sie wurden mit dem Ziel entsandt, "einheimischen und ausländischen Touristen ein umfassenderes und objektiveres Verständnis des Tibets von gestern, heute und morgen zu vermitteln und resolut gegen alle Worte und Taten anzugehen, welche die Fakten mit der Absicht entstellen, das Mutterland zu spalten"²³.

Die aus 23 Provinzen, Autonomen Regionen und Stadtbezirken wie Peking, Shanghai, Guangdong und Guanxi stammenden Guides wurden in China ausgebildet. Ein Xinhua-Bericht rechtfertigt diese Maßnahme: Wegen des gegenwärtigen Mangels an Touristenführern in Tibet sei der Import von han-chinesischen Guides notwendig gewesen. Der Plan, in den kommenden 10 Jahren noch mehr solche Gruppen zu entsenden, basiert jedoch eher auf politischen Erwägungen als auf den Gegebenheiten vor Ort.

Chinas Mißtrauen gegenüber tibetischen Guides, die schon einmal in Indien zu Besuch waren oder dort zur Schule gingen, hat seit Jahren die offizielle Politik bestimmt. Die Guides werden seit mindestens 1994 überwacht, als die Chinesen sich schworen, wachsam zu sein, um zu verhindern, daß Rückkehrer aus dem Exil "mit ausländischen Touristen gemeinsame Sache zum Schaden der Staatssicherheit machen". Die letzten Nachforschungen und die Kündigung von 100 Guides bestätigen ein alarmierendes Muster: Die Anzahl der tibetischen *tour guides*, die ihren Job verloren haben oder ins Exil gegangen sind, ist nach jeder Untersuchungsaktion größer und entstammt dem allgemeinen Mißtrauen, mit dem die Behörden die Exilgemeinde in Indien betrachten.

¹⁹ Xinhua berichtete am 8. April 2003, daß Präsident Hu Jintao dem Tourismus in Tibet "große Aufmerksamkeit" zukommen lasse, und daß er "bei zwei Gelegenheiten wichtige Instruktionen zur Entwicklung des Kontingents an Tourismus-Arbeitern" gegeben habe.

²⁰ www.tibetinfo.com, 18 Dec 2003.

²¹ www.xinhua.net, 15 Dec 2003.

²² www.xinhua.net, 8 April 2003.

²³ TIN Testimonies: "Tibeter in der Tourismus-Industrie der TAR werden immer schärfer kontrolliert", 10 Nov. 2003.

Fremdenführer, die von den offiziell für Touristen sanktionierten Reiserouten abweichen und sie an andere Orte führen, werden gefeuert, gar inhaftiert, auf jeden Fall wird ihnen verboten, fortan als Guides zu arbeiten²⁴. So verlieren Tibeter ihren Job aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, die Regierung begründet diese Entlassungen jedoch damit, daß ethnische Chinesen wegen ihrer hervorragenden Sprachkenntnisse besser als Fremdenführer geeignet seien.

Im Juli und August 2002 wurde die Tourismusabteilung in Tibet instruiert, eine umfassende Untersuchung über den Werdegang der tibetischen Guides im Raum Lhasa durchzuführen. Jeder Fremdenführer mußte ein Bestätigungsschreiben von seiner Kreisbehörde bringen, daß er niemals in Indien gewesen war. Als Ergebnis wurden im Januar 2003 über 160 tibetische *tour Guides* entlassen.

Die Probleme im Zusammenhang mit der boomenden Tourismusindustrie in Tibet sind verzwickelt, und das allgemeine Unbehagen, welche Absichten die Regierung bei der Förderung des Tourismus und ihrer Einladung an Exiltibeter, ins Mutterland zurückzukehren, nun eigentlich verfolgt, wächst. Diese jüngste Entlassung von *tour guides* ist ein Beispiel für die systematisch betriebene ethnische Diskriminierung der Tibeter, was im Widerspruch zu dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung steht, das von China 1981 ratifiziert wurde. Dort ist die Rede ist von

“jeglicher Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler Abstammung oder sozialer Herkunft, welche die Wirkung der Aufhebung oder Beeinträchtigung der Chancengleichheit oder der Gleichbehandlung bei der Arbeitsvergabe und der Beschäftigung haben”.

Die einheimischen Guides haben gute Fremdsprachenkenntnisse, sie beherrschen die tibetische Sprache und sind in ihrer Religion Kultur und Geschichte bewandert. Wenn man weiterhin bedenkt, daß ausländische Touristen meist hartnäckig auf Tibetern als Guides bestehen, macht die Entlassung der tibetischen Guides nur einen Sinn, wenn man sie im Kontext der Diskriminierungspolitik, des Argwohns und der Paranoia sieht, die so charakteristisch für Chinas Haltung den Tibetern gegenüber sind.

Schluß

Die riesigen jährlichen Subventionen und Geldsummen, die Peking angeblich in die TAR und andere Gegenden des einstigen Tibets pumpt, haben eine ausgesprochen künstliche Situation hoher Abhängigkeit von äußeren Investitionen geschaffen, die auf die Dauer unhaltbar ist. Wo wirtschaftliches Wachstum wirklich stattfindet, ist der Tertiärsektor, also dort wo die tibetische Partizipation nominell ist. Das ländliche Tibet, wo der Großteil der Bevölkerung lebt, bleibt von der Armut gelähmt, weil nur wenig von den Subventionen der Zentralregierung in den Primärsektor fließen.

Bei den staatlichen Entwicklungsprojekten wird das Recht des tibetischen Volkes auf den Erwerb seines Lebensunterhalts nicht respektiert. Entschädigungen für die von den Projekten in Mitleidenschaft gezogenen Tibeter fallen, sofern sie überhaupt gewährt werden, dermaßen mager aus, daß die Tibeter sie in kurzer Zeit aufbrauchen und, was ihren Lebensunterhalt betrifft, einer ungewissen Zukunft entgegensehen müssen.

Tibet hatte zwar nach Aussage der chinesischen Regierung das Glück, bei der SARS-Epidemie ungeschoren davonzukommen, doch kann die Gefahr, daß HIV/AIDS bald epidemische Ausmaße annimmt, angesichts der vielen Risikofaktoren nicht ausgeschlossen werden. Dennoch brachte SARS die traurige Wahrheit an den Tag, daß die neue, jüngere chinesische Führungsspitze immer noch der alten Gewohnheit verhaftet bleibt, unliebsame Tatsachen einfach zu leugnen oder zu verschleiern.

²⁴ Ibid.